

Erwin Kessler im Clinch mit Genfer Justiz

Die Genfer Justiz ermittelt gegen den Tierschützer Erwin Kessler, Präsident des Vereins gegen Tierfabriken (VgT), wegen des Verdachts der Rassendiskriminierung. Seine Überstellung nach Genf hat das Bundesgericht vorläufig verhindert.

(sda) Seit Mai 2006 ermittelt der Genfer Untersuchungsrichter Léonardo Malfanti gegen Erwin Kessler, weil dieser in der VgT-Zeitschrift «ACUSA-News» Legebatterien für Hühner als «Tier-KZ» bezeichnet hatte: Der Vergleich sei rassendiskriminierend und geeignet den Holocaust zu verharmlosen. In der Folge wurde Kessler mehrfach von der Genfer Justiz zur Einvernahme vorgeladen, denen er jedoch nicht folgte.

Am 17. Oktober erliess der zuständige Thurgauer Staatsanwalt laut Kessler eine Verfügung, wonach Kessler zwangsweise nach Genf zu verbringen sei. Trotzdem muss er zumindest vorläufig nicht nach Genf: Das Bundesgericht hat am Donnerstag auf Gesuch von Kesslers Anwalt eine superprovisorische Verfügung erlassen: Bis zum Vorliegen einer Entscheidung über Kesslers Beschwerde «haben alle Vollziehungsvorkehrungen zu unterbleiben».